

Für den deutschen Migrationsforscher Klaus J. Bade versagt die Europäische Union bei der Flüchtlingspolitik

# Europa im blutigen Abwehrkrieg

Von Stefan Beig

■ Bade im Gespräch über Flüchtlinge, Menschenhandel und Silvio Berlusconi.

„Wiener Zeitung“: Jährlich sterben Tausende auf der Flucht nach Europa. Scheitert hier die EU?

**Klaus J. Bade:** Bei der Flüchtlingsproblematik versagt die EU seit langem. Erstens führen ihre ausgeweiteten Kontrollen zu immer riskanteren irregulären Routen nach Europa. Zweitens wird die Verantwortung für die Flüchtlingsabwehr zunehmend auf Drittstaaten verlagert. Das steht in Spannung zu humanitären Prinzipien, denn es gibt fragwürdige binationale Kooperationen

## Integration

mit Regimen, die selber menschenrechtliche Standards missachten. Die Flüchtlingsabwehr wurde nicht nur in internationale Gewässer vorverlagert, sondern sogar in die Küstengewässer von Drittstaaten. Die EU beklagt, dass bei binationalen Verträgen die Rechte der Flüchtlinge oft missachtet werden, erklärt sich aber dafür nicht zuständig und nimmt billigend das Ergebnis in Kauf: die Abwehr von irregulären Flüchtlingen. Es gibt ein Versteckspiel mit ethischen Normen.

Liegt das Problem auch daran,

dass Staaten an Schengen-Außengrenzen allein gelassen werden?

Teilweise. Zuständig für asylsuchende Flüchtlinge ist grundsätzlich das Land, in dem diese zuerst europäischen Boden betreten haben. Griechenland ist damit komplett überfordert. Italien hat in Wahrheit deutlich weniger Probleme, täuscht sie aber vor. Als dort nach den Revolutionen in Nordafrika tausende von Flüchtlingen eintrafen, hat Italien ein falsches Szenario vorgespielt: Es hat die Flüchtlinge auf Lampedusa vor dem großen neuen, aber abgeschlossenen Aufnahmelaager stehen gelassen. Berlusconi erklärte dann, Italien sei durch den „Tsunami“ von zirka 25.000 Flüchtlingen überfordert.

Dabei waren solche Flüchtlingszahlen ein Klacks im Vergleich zu den jährlich hunderttausenden von Zuwanderern und Flüchtlingen, die Deutschland in den frühen 90er Jahren zu verkraften hatte. Wir haben also zwei verschiedene Beispiele an der Schengen-Außengrenze: Italien wollte es nicht schaffen, Griechenland kann es nicht.

Was sollte man tun?

Flüchtlinge könnten über Resettlement-Programme des UNHCR direkt von bestimmten Aufnahmelandern aufgenommen werden. Über Burden Sharing kann man überlasteten Staaten an den Schengen-Grenzen helfen durch Investitionen in Infrastruktur, Technologie, medizinische Versorgung oder durch die Übernahme von Flüchtlingen. Wenn man die Schengen-Abkommen nicht in Frage stellen will, denen zufolge die Länder der ersten Kontrolle verpflichtet sind, sich um die Flüchtlinge zu kümmern,



Tunesier trauern um Verwandte, die auf der Flucht nach Lampedusa ums Leben gekommen sind. Foto: epa

müssen wir bereit sein, diesen Ländern zu helfen. Statt dessen führt Europa einen Abwehrkrieg zur „Verteidigung“ seiner Grenzen.

Das ist etwas hart formuliert.

Europa legt restriktiv und einseitig fest, wer überhaupt unter den Begriff „Flüchtling“ fällt. Dabei ist die Herkunft meist wichtiger als das Flüchtlingsschicksal. Im Übrigen kommen weltweit nicht einmal zehn Prozent aller Flüchtlinge überhaupt nach Europa. Hinzu kommt, dass wirtschaftliche Antriebsfaktoren irregulärer Flüchtlingsbewegungen zum Teil von Europa selbst verschärft werden. Subventionierte, aber aus dem Markt genommene EU-Agrarprodukte landen nicht selten in Afrika, wo sie dann billiger sind als lokale Produkte. Kommerzialisierter Altkleidersammlungen ruinieren die einheimische Textilproduktion, vor den Küsten schwimmende Fischfabriken die afrikanische Küstenschifferei. Kein Wunder, dass dann die alten Fischkutter ruiniert

Küstenschiffer zu irregulären Flüchtlingstransportern werden.

Solange die jetzige, einseitige Abwehr von Flüchtlingen an Europas Grenzen nicht balanciert wird durch kostenintensive und nachhaltige Programme zur Bekämpfung der Ursachen unfreiwilliger Wanderungen in den Ausgangsräumen, bleibt diese Flüchtlingsabwehr ein historischer Skandal, an dem spätere Generationen das Humanitätsverständnis im heutigen Europa messen werden. Und keiner wird dann sagen können, er habe das alles nicht gewusst.

Gibt es internationale Beispiele für gelungene Flüchtlingspolitik?

Selten. Die besten Beispiele sind die am meisten betroffenen Nachbarstaaten der Ausgangsräume, etwa in Afrika. Ein interessantes Beispiel bot Kanada, wo es ab und an eine fließende Grenze zwischen der Aufnahme von Einwanderern und von Flüchtlingen gab. Man hatte dort den Widersinn erkannt, sich einerseits um

den Zuzug von Hochqualifizierten zu kümmern und andererseits Flüchtlinge zu deportieren, die eben diesen Kriterien entsprachen. Die diskrete Verwandlung von Flüchtlingen in Einwanderer wurde durch eine Einbindung der Medien erleichtert. Aber auch Kanada ist strenger geworden. Außerdem: Man sollte nicht leichtfertig ökonomische Interessen und humanitäre Pflichten vermischen. In Deutschland geschah das Gegenteil: Egal wie qualifiziert Flüchtlinge etwa aus dem Kosovo waren – sie wurden zurückgeschickt.

Prinzipiell hat die deutsche Politik bei Flüchtlingsaufnahme und Bleiberecht in den letzten Jahren manche Restriktionen abgebaut, aber mit unterschiedlichen Ergebnissen. Das hat auch damit zu tun, dass für die Umsetzung im föderalen Staat die Innenministerien und Ausländerbehörden der Bundesländer zuständig sind. Das schafft mitunter erhebliche Unterschiede bei der Behandlung von Flüchtlingen vor Ort. ■

## Zur Person



**Klaus J. Bade,** Jahrgang 1944, ist Migrationsforscher und Politikberater und darüber hinaus Vorsitzender des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration. Foto: bade

## Leserbriefe

### Die USA haben ihre Glaubwürdigkeit verspielt

Just zum traurigen zehnjährigen Bestehen des Schandflecks Guantanamo taucht ein Video auf, das leichenschändende US-Soldaten zeigt. Einst ausgezogen, um die Afghanen von steinzeitlichen Barbaren zu befreien, haben die angeblichen Befreier die Grenzen zwischen sich und den Taliban aufgeweicht.

Barack Obama wollte vor vier Jahren das Lager Guantanamo schließen – heute ist keine Rede mehr davon. Die USA haben in den letzten zehn Jahren viel von ihrer Glaubwürdigkeit als Vorkämpfer für Menschenrechte in krassester Weise verspielt. Saddam Hussein und Osama bin Laden sind tot, doch Fortschritte sind sowohl im Irak wie auch in Afghanistan kaum sichtbar. Es bleibt der Schandfleck Guantanamo. Und die Einsicht, dass zwischen Gut und Böse keine feste Trennlinie besteht.

Pascal Merz  
CH-6210 Sursee

### Der Ausbau des Wiener Verkehrsnetzes

Mit den Plänen zum Ausbau der Straßenbahnen in Wien gibt es endlich die ersten Schritte in die richtige Richtung, doch müssen noch viele weitere folgen!

Die Linien 13 und 15 sind seit rund 20 Jahren überfällig, die Verlängerung der Linie 18 zum Stadion wäre schon mit der Einstellung der Linie 21 notwendig geworden: Sollte bei einer Veranstaltung im Stadion die U2 ausfallen, wäre diese Linie unverzichtbar. Außerdem bietet der 18er den direkten und kürzesten Anschluss zum neuen Hauptbahnhof.

Die Verlängerung der Linie O zum Friedrich-Engels-Platz ist nicht nur zur Erschließung des Nordbahnhof-Areals, sondern auch des gesamten Gebietes zwischen Nordbahntrasse und Donau notwendig.

Kommentare von Bezirksvorstehern über „geopferte“ Bäume und Parkplätze sind ja wohl nur als Faschingsscherz zu betrach-

ten. Zur Erinnerung: Öffentliche Verkehrsflächen sind vorrangig für den öffentlichen Verkehr da.

Daher meine Empfehlung an Verkehrsstadträtin Maria Vassilakou: Nicht lange fragen, sondern das Heft des Handelns an sich reißen und Druck und nochmals Druck machen, Projekte schnell umsetzen – und so Wahlen gewinnen.

Ing. Franz Hintermayer,  
1130 Wien

\*

An sich dürften die für eine neue Linie U5 erforderlichen Passagierzahlen von Hernals bis Schottentor gegeben sein. Problematisch scheint die Führung zweier U-Bahnlinien über dieselbe Gleisanlage: Dadurch dürfte die Frequenz der Linien kaum kürzer als fünf Minuten gewählt werden können. Ob da nicht, so wie ursprünglich angedacht, eine Weiterführung der U5 ab Schottentor Richtung Erdberg überlegt werden sollte?

Friedrich Hochmann,  
per E-Mail

### Österreichs erweiterte Landesverteidigung

Dem Vorstoß von Günther Kräuter, die Eurofighter (deren Kauf mehr dem politischen System als der Landesverteidigung gedient hat) zu verkaufen, kann ich nur zustimmen. Damit wird eine Diskussion begonnen, die am besten mit der Auflösung des Bundesheeres enden sollte.

Österreich hat keine Grenzen zu potenziellen Feinden mehr und kann nur dann sinnvoll verteidigt werden, wenn die Verteidigung an den Grenzen der EU beginnt. Und dies wird nur dann möglich sein, wenn Österreich Teil einer gemeinsamen Sicherheitspolitik der EU wird.

Das Festhalten an der Neutralität als Garant des Friedens bewirkt das Gegenteil: Je länger die EU mit dem Aufbau einer gemeinsamen Verteidigungspolitik zuwartet, desto gefährlicher werden unsere potenziellen Feinde werden.

Manfred Zorn,  
per E-Mail

### Am Ende zahlen die „kleinen Leute“

Griechenland ist bankrott, Ungarn detto. Italien und Spanien stehen auf der Kippe oder sind bereits einen Schritt weiter. Unsere Regierung verhandelt über ein Sparpaket, von dem sie heute schon weiß, dass es durch die internationale Entwicklung längst Schnee von gestern ist. Die nötigen Einsparungen liegen um das Ziffache über den offiziell verlauteten – und das österreichische Volk wird für die Hochrisikospekulationen der Banken und unserer Regierung bezahlen müssen.

Mag. Robert Cvrkal,  
per E-Mail

Leserbriefe werden nur dann abgedruckt, wenn sie mit vollständiger, nachvollziehbarer Adresse versehen sind. Wir können auch nur Leserbriefe berücksichtigen, bei denen Kürzungen nicht ausgeschlossen werden.